

Sollen Äcker Bauland werden?

Aus dem Gemeinderat Gottenheim

Rebland-K.
12.10.2001

Gottenheim (myl). Die öffentliche Ratssitzung am 5. Oktober fand im Saal des Feuerwehrgerätehauses statt, denn das Interesse an den beiden letzten Punkten der Tagesordnung zog besonders viele Einwohner an. Zuvor behandelte das Ratsgremium noch andere Punkte.

Dem Antrag des Tennisclubs, an Stelle des wegen eines Kabelbrandes Mitte des Jahres zerstörten Vereinsheims ein neues zu erbauen, wurde einstimmig das Einvernehmen erteilt.

Die jeweils nicht befangenen Gemeinderäte verabschiedeten – ebenfalls einstimmig – die Satzungen zur nochmaligen Verlängerung der Veränderungssperren für die Gebiete der künftigen Ortsbebauungspläne Unterdorf und Oberdorf. Der Regionalverband hatte der Gemeinde die „Gebietsscharfe Darstellung regional bedeutsamer Industrie- und Gewerbeorte“ zur Kenntnis und Stellungnahme übersandt. Die Räte folgten dem Vorschlag der Verwaltung, vorerst keine Stellungnahme abzugeben. Sinnvoller sei es – so der Beschluss –, die Belange der Gemeinde zu Verkehr, Oberflächenwasser, Abstand zur Gemarkungsgrenze und Einbindung in die Landschaft im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplanverfahren der Gemeinde Bötzingen einzubringen. Schon seit Jahren in der Diskussion, vor allem von den Vereinen aufgrund der unzumutbaren Situation immer wieder angemahnt, ist eine Mehrzweckhalle. Alfred Schwenninger hatte in seiner Kandidatur zur Bürgermeisterwahl den Bau der Halle als ein Ziel in seiner dritten Amtszeit genannt. Nun lagen erste Überlegungen zur Planung auf dem Tisch. Nach Auffassung der Verwaltung ist der Standort auf dem gemeindeeigenen Bolzplatzgelän-

de (auch wegen der Nähe zu S-Bahn, Parkplätzen, Schule und Vereinsheim) geklärt. Der Beschlussvorschlag aus dem Rathaus wurde durch die Gemeinderäte mit Anregung ergänzt. Schwenninger kennzeichnete die Planung denn auch als „grobentwurfliche Diskussionsgrundlage“, nachdem eine schnelle Inangriffnahme gefordert worden war (Kurt Hartenbach), Walter Rambach aber anmahnte, erst einmal zu klären, „was wir wollen“ und Birgit Wiloth-Sacherer zur Entscheidung ein Raumkonzept und Vorgaben zum Budgetrahmen anregte. In den Prozess seien die Vereine einzubinden. Nach Vorliegen der Grundsätze und nach Beratung im Gemeinderat soll eine Bürgerversammlung durchgeführt werden.

Diskussion um neues Baugebiet

Eine kontroverse Diskussion zwischen Gemeinderäten (soweit nicht befangen) und Grundstückseigentümern entspannt sich um den letzten Tagesordnungspunkt. Nach dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan besteht für die Gemeinde die Möglichkeit, im Gewann Steinacker-Berg ein Neubaugelände für bis zu 250 Wohnungen auf der bisher als Ackerland genutzten Fläche auszuweisen. Hier prallen die gegensätzlichen Vorstellungen der Verwaltung und einer Anzahl von Grundstückseignern aufeinander.

Schließlich wurde folgendes verabschiedet: Zuerst sind Baulandrichtlinien für das Gebiet zu erstellen. Es ist eine Eigentümerbefragung durchzuführen. Das Planungsbüro hat den Bebauungsplanentwurfentsprechend weiter zu entwickeln. Die Verwaltung hat die Kosten für eine zentrale Energieversorgung mit denen einer dezentralen Einzelhausversorgung zu vergleichen.